

## B E S C H L U S S

aus der Sitzung des Rates vom 25.09.2019

---

### A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

#### 4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

##### 4.1 Aufnahme aus Seenot geretteter Geflüchteter in Siegen

Herr Groß führt für die Antragsteller aus, die hohe Zahl der auf der Flucht im Mittelmeer ertrunkenen Menschen sei das Ergebnis einer Politik, die nicht Fluchtursachen, sondern die Geflüchteten bekämpfe. Viele Kommunen in Deutschland setzen sich für eine europäische Seenotrettung und für eine Aufnahme der Menschen ein. Sie nehmen damit ihre menschliche Verantwortung und die Werte unseres Zusammenlebens ernster, als die meisten Regierungschefs in Europa. Wir Grüne verschließen uns prinzipiell nicht einer Debatte über den richtigen Kurs in der Flüchtlingspolitik. Man kann im demokratischen Diskurs über vieles streiten, über offene Grenzen, über Aufnahmekontingente, über die Wirtschaftsweise, über Hilfen und Reformen vor Ort, um die Lebensbedingungen in den Herkunftsländern zu verändern. Aber über eines kann man nach unserer festen Überzeugung nicht streiten: Menschen, die zu ertrinken drohen sind zu retten! Auch der Vorschlag, Geflüchtete zurück in die Lybischen Internierungslager zurück zu bringen, in denen Folter und Vergewaltigung an der Tagesordnung stehen verstößt gegen alles, was uns sonst so wichtig ist: Mitfühlen und helfen, wenn wir helfen können; den Opfern beistehen und nicht denen, die die Menschenrechte mit Füßen treten. Die große Politik steht hier in einer besonderen Verantwortung, ein eingeschlagenen Weg im Sinne der europäischen Werte zu korrigieren.

Wir in Siegen können die Welt nicht retten, aber wir können ein kleines wichtiges Zeichen setzen für Humanität und gegen das Sterben im Mittelmeer.

Die Fraktion Die Linke bedauert, so Frau Schneider, dass die Grünen einen solchen Antrag, der voll umfänglich ihre Position wiedergibt, ohne vorherige Kommunikation mit den Linken gestellt hat.

Herr Walter führt für die FDP-Fraktion aus:

Bei einem solchen Antrag dürfen nicht nur die Flüchtlinge im Mittelmeer im Fokus stehen, sondern auch beispielsweise die Kinder, die in jordanischen und libanesischen Flüchtlingslagern sterben, weil die medizinische Unterstützung dort viel zu schwach ist, auch die Flüchtlinge, die in der Sahara ums Leben kommen. Und ganz ehrlich: Wer hat in den vergangenen

Wochen über die Flüchtlingscamps in Darfour im Südsudan nachgedacht, über die nicht mehr berichtet wird, weil es dort weder Öl noch ein Mittelmeer gibt? Trotzdem wird dort, ebenso wie in Libyen, weiter gefoltert, gemordet und gestorben.

Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass die Stadt Siegen nicht die Versäumnisse der EU beheben kann, zum Beispiel, was die Schaffung sicherer Zonen in Nordafrika angeht. Die Initiative „Seebrücke“ hat noch einen weiteren Haken: Sie fördert, zugegebenermaßen ungewollt, Kriminelle, Schlepper und mafiöse Strukturen. Statt hier selber in die Tiefe zu gehen, Herr Bürgermeister, zitiere ich dazu den Europäischen Rat: „Um das Geschäftsmodell der Schleuser endgültig zu zerschlagen und somit tragische Todesfälle zu verhindern, darf es keinen Anreiz dafür geben, sich auf eine gefährliche Reise zu wagen. Dies erfordert einen neuen, auf gemeinsamen oder einander ergänzenden Maßnahmen der Mitgliedstaaten beruhenden Ansatz im Hinblick auf die Ausschiffung der durch Such- und Rettungseinsätze geretteten Menschen.“ Der grüne Oberbürgermeister von Tübingen hat versucht, diese Position zum dortigen Seebrückenantrag hinzuzufügen, aber er ist damit unter anderem an der grünen Fraktion gescheitert.

Umso mehr kann sich die FDP-Fraktion der Erklärung der Bürgermeister von Köln, Bonn und Düsseldorf, Wuppertal, Remscheid und Solingen anschließen, die schon vor Monaten folgendes erklärt haben: „Vor der menschlichen Katastrophe im Mittelmeer dürfen wir nicht länger die Augen verschließen. Menschen vor dem Ertrinken zu retten, ist eine humanitäre Verpflichtung, an der sich die europäische Wertegemeinschaft messen lassen muss.“

Wir unterstützen daher das politische Signal der Städte Bonn, Köln und Düsseldorf, die Seenotrettung im Mittelmeer wieder zu ermöglichen und nach einer europäischen Lösung für die Aufnahme, Integration und auch Rückführung abgelehnter Asylbewerberinnen und -bewerber zu suchen.

Dem ist eigentlich nicht viel hinzuzufügen. Vielleicht eins: Die Stadt Siegen hat vorbildliche Arbeit bei der Flüchtlingskrise von 2015 geleistet und tut es auch heute noch. In Siegen erreichen wir eine Erfüllungsquote von 157,30 % bei anerkannten Flüchtlingen, mit steigender Tendenz. Wir in Siegen haben unsere Hausaufgaben sehr, sehr gut gemacht und zwar weit über die Anforderungen hinaus. Darauf sind wir stolz, wir wollen im Rahmen unserer kommunalen Möglichkeiten so weitermachen. Wir wissen alle, dass Seenotrettung Völkerrecht ist, daran kann und darf man nicht rütteln. Ich denke, darin sind sich 98 Prozent des Rates einig. Die Stadt Siegen hat ihre Pflichten in der Flüchtlingskrise übererfüllt, wir wollen, dass sie diese Aufgabe weiter erfüllt, wenn es um die Integration geht. Dieser heutige Antrag ist jedoch mit der Ankündigung des Bundesinnenministers Seehofer, ein Viertel der Bootsflüchtlinge aufzunehmen, erledigt. Wir werden auch weiter Flüchtlinge und Asylbewerber freundlich aufnehmen, aber für diesen Antrag sehen wir keine Grundlage mehr.

Herr R. Heupel erklärt für die CDU-Fraktion, die Aufnahme zugeteilter Menschen stehe generell nicht in Frage. Die Aufnahme von 50 weiteren Menschen, wie im Antrag vorgeschlagen, sei aber im Grunde zu wenig, wenn die Initiative des Bundesinnenministers greift. Der Einsatz für die Rettung der Menschen im Mittelmeer sei ebenso unbestritten. Wichtig sei aber auch die Bekämpfung der Fluchtursachen, auf die er das Augenmerk richten wolle. Es gelte, den Menschen Perspektiven in ihrer Heimat zu schaffen und zu verhindern, dass sich diese auf die gefährliche Flucht begeben. Auch Menschen in solch menschenunwürdigen Situationen wie in Libyen muss geholfen werden. Dabei ist aber zu bedenken, dass kriminelle Elemente mit diesen Menschen das große Geschäft machen. Deswegen ist Hilfe in der Heimat

für diese Menschen oberste Priorität. Ungeachtet dessen muss man auch dem vorliegenden Antrag zustimmen.

Herr Pfeifer stellt eingangs fest, dass die ethische und christliche Verpflichtung zur Hilfe nicht zur Diskussion steht. Die Hilfe für Menschen ist nicht verhandelbar. Wenn aber mit der Rettung dieser Menschen einher geht, dass deren Not durch Kriminelle ausgenutzt und die Zahl derer steigt, die den gefährlichen Weg wagen, muss dies im Vorfeld verhindert werden. In dem Antrag geht es aber darum, Ertrinkende zu retten. Diese beiden Aspekte bittet er zu unterscheiden.

Er hält fest, dass die SPD-Fraktion dem Antrag vollumfänglich zustimmen wird, aber noch zwei Ergänzungen vorschlägt, die aus dem eigentlichen „Seebrücke-Papier“ stammen:

- Die Stadt Siegen wird sich mit Menschen auf der Flucht und der „Seebrücke“ solidarisch erklären.
- Die Stadt Siegen wird sich öffentlich gegen die Kriminalisierung der Seenotrettung im Mittelmeer positionieren.

Für die Verwaltung bittet Herr Schmidt vorweg, zu unterscheiden zwischen der persönlichen der einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der fachlichen Betrachtung der Thematik. Die Rechtslage lässt derzeit nur eine deklaratorische Entscheidung zu. Der Bund hat bisher keine Verteilung Geflüchteter jenseits der gesetzlichen Festlegungen vorgenommen. Die Quote für Flüchtlinge mit Wohnsitzauflage liegt aktuell bei ca. 170 %, bei der Quote nach dem FlüAG ist noch eine Aufnahmeverpflichtung von ca. 50 Personen gegeben. Eine Aufnahme wäre mit den Ehrenamtlichen und den Organisationen möglich. Auswirkungen im Hinblick auf Asylrecht, Ausländerrecht und Finanzen könne nicht dargestellt werden.

Herr Bertelmann hält fest, dass die UWG-Fraktion dem Antrag zustimmen wird in Kenntnis der Praxis in Siegen bei der Aufnahme von Flüchtlingen.

Herr Könen schildert eigene Erlebnisse und Eindrücke aus Lagern in Jordanien und an der Küste bei Beirut. Es kommen weitaus mehr Menschen in der Wüste aus dem Weg von Mali um, als auf dem Meer. Die Bekämpfung von Fluchtursachen und Schleusertum ist zwar berechtigt. Vor dem genannten Hintergrund ist es für ihn aber unmöglich, nur den genannten Personenkreis zu bevorzugen.

Frau Eger-Kahleis ist es wichtig, Tote im Mittelmeer durch die Bekämpfung von Schleusertum zu verhindern. Für sie gilt, EU-weit solidarisch zu handeln und keine Alleingänge vorzunehmen. Gerettete Flüchtlinge sind zurück zu führen. In Australien wird das seit Jahren erfolgreich umgesetzt, die Zahlen der Bootsflüchtlinge wurden dort erheblich reduziert.

Wenn die Grünen helfen wollen, tun sie das direkt, nicht auf Kosten der Steuerzahler. Übernehmen Sie selbst die Verantwortung durch Spenden oder Patenschaft für den Unterhalt eines Flüchtlings. Öffnen Sie die eigene Tür! Nicht die Türen von Sozialämtern und Wohlfahrtsorganisationen, deren Vertreter sie häufig sind. Stärken Sie nicht die Pfründe der öffentlichen Wohlfahrtsorganisationen, die sind längst mit der starken Zuwanderung überfordert. Gehen Sie selbst beispielhaft voran.

Sie appelliert alle politisch Verantwortlichen: Bekämpfen Sie das Schleusertum, die kriminelle Abzocke der Ärmsten der Armen! Unterstützen sie vor Ort, in den Herkunftsländern, den Kampf gegen Korruption und fördern Sie Bildung. Damit handeln Sie nachhaltig!“

**Beschluss**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt:

Die Stadt Siegen unterstützt wie zahlreiche andere Städte die Initiative „Seebrücke - Schafft sicherer Häfen“ und erklärt sich zu „sicheren Häfen“.

Die Stadt Siegen erklärt sich bereit, ca. 50 Menschen aufzunehmen, die auf ihrer Flucht aus Seenot gerettet worden sind, teilt dies den zuständigen Behörden - insbesondere dem Bundesministerium des Inneren, Bauen und Heimat - mit.

Der Rat der Universitätsstadt Siegen begrüßt die Rettung der Menschen im Mittelmeer und appelliert an die Bundesregierung, sich weiterhin und verstärkt für die Bekämpfung der Fluchtursachen sowie für die Rettung der Menschen im Mittelmeer einzusetzen.

*Die Stadt Siegen wird sich mit den Menschen auf der Flucht und den Zielen der „Seebrücke“ solidarisieren.*

*Die Stadt Siegen wird sich öffentlich gegen die Kriminalisierung der Seenotrettung auf dem Mittelmeer positionieren.*

**Beratungsergebnis: 56 Stimmen dafür, 4 dagegen, 1 Enthaltungen**

**48. Rat 25.09.2019**

---